

LANDESSCHÜLERVERTRETUNG  
LANDESVEREINIGUNG DER BAYERISCHEN BEZIRKSSCHÜLERSPRECHER E.V.

An die Mitglieder  
des Vereins

Ulrich Kraus  
Geschäftsführer  
Josef-Bechold-Straße 10  
8702 Zell am Main  
Telefon: 0931/461875

Zell, den 29.9.89

Liebe Freunde,  
in Vorbereitung der Mitgliederversammlung am 8. Oktober in München, zu der Euch Johannes die Einladung bereits zugesandt hat, schicke ich Euch noch einige Unterlagen. Anbei erhaltet Ihr:

1. Eine Tischvorlage zum Finanzwesen des Vereins;
  2. Eine Presseinformation der GEW zu Unterrichtsmaterialien der Landeszentrale für politische Bildung; ich denke, wir sollten prüfen, was dran ist an den Vorwürfen und uns gegebenenfalls näher damit befassen, wenn wir über politische Bildung diskutieren;
  3. Einen Presseartikel zur Information (leicht verdauliche statistische Daten für die Diskussion).
- Wir sehen uns dann in München!

*U. Kraus*  
Uli Kraus  
(Geschäftsführer Finanzen)

Vorlage zur Mitgliederversammlung am 8.10.89 in München

Durch die Übernahme der Herausgeberschaft der Zeitschrift "SMV-Info" seitens der Landesschülervertretung-LdbB e.V. hat sich in der Vereinsfinanzierung eine neue Situation ergeben, die klärungsbedürftig ist.

### I. Situation.

Am Ende des Schuljahres 1988/89 hat die SMV des Gymnasiums in Haar bei München dankenswerterweise ihre schulübergreifende SMV-Info zur Zeitung der Landesschülervertretung-LdbB erweitert. Unter solcher Widmung ist eine Ausgabe erschienen. Damit haben sich einige neue Aspekte ergeben, die ich der MV zur Diskussion vorlegen möchte.

Die finanzielle Abwicklung der letzten Ausgabe "SMV-Info" wurde von der Haarer Redaktion selbständig erledigt. Eingehende Gelder wurden auf einem Privatkonto vereinnahmt, das bereits vor der bayernweiten Ausgabe für die Finanzen des "SSP-Info" verwendet wurde. Die Ausgabe wurde zu einem nicht unerheblichen Teil aus Spendengeldern bezahlt.

Eine Abrechnung der Ausgabe ist mir gegenüber nicht erfolgt, da die Redaktion der Meinung war, die Finanzierung der Zeitung könne getrennt von der Kasse der LSV erfolgen.

## II. Problematik.

Aus meiner Sicht als Geschäftsführer im Bereich Finanzen ist eine solche Abwicklung problematisch, da sie mehrere Grundsätze verletzt, die ich für unabdingbar halte:

1. Einheit des Finanzwesens. Bei der oben beschriebenen Abwicklung der Zeitung kann die Einheit des Finanzwesens verloren gehen. Dies geschieht immer dann, wenn Werbeeinnahmen nicht zur Finanzierung der Ausgabe ausreichen. Im beschriebenen Fall wäre es korrekt und wünschenswert, wenn dem Spender, der Fa. Rodenstock, eine Spendenquittung zur Vorlage beim Finanzamt ausgestellt werden kann. Die Spende ist jedoch auf kein Konto des Vereins eingegangen. Die zur Ausstellung der Quittung notwendige Einheit des Finanzwesens ist nicht gegeben (Sollte ins Feld geführt werden, daß die Fa. Rodenstock nicht auf Ausstellung eine Quittung bestehen könnte, ändert das meiner Auffassung nach grundsätzlich nichts an dem Mißstand, da ja auch andere Spender in Zukunft denkbar sind). Gleiches Problem würde sich stellen, wenn irgendwann in Zukunft aus dem allgemeinen Finanzwesen des Vereins Gelder in die Zeitung fließen würden (könnten).

Zur Einheit des Finanzwesens gehört darüberhinaus meiner Meinung nach auch, daß die Abwicklung der Finanzen in den Händen einer einzigen Person liegt (auch wegen der Nachvollziehbarkeit, siehe II.2.). Bei der Wiederaufnahme des Vereins 1987 und bisherigen Mitgliederversammlungen bestand Einigkeit darüber, daß Verwaltungsaufgaben in erster Linie nicht von den Bezirksschülersprechern erledigt werden sollen, um zu verhindern, daß diese ihrer inhaltlichen Tätigkeit nicht mehr nachkommen können. Die Abwicklung der Finanzen gehört daher in die Hände eines von Vorstand und Rechnungsprüfern kontrollierten Geschäftsführers. (

2. Nachvollziehbarkeit der Buchführung. Bei Abwicklung in der oben beschriebenen Form gibt es einen Teil von Vereinsfinanzen, der von der Kassenführung des Vereins getrennt ist. Durch die Verwendung eines bestehenden Kontos erfolgt darüberhinaus eine Vermischung mit älteren Einnahmen und Ausgaben. Die Kontrolle des Kontos entzieht sich dem für die Finanzen zuständigen Geschäftsführer. Wird das Konto in die Buchführung des Vereins mit einbezogen - wobei ich es für sehr bedenklich halte, dies bei einem Privatkonto zu tun - kann eine Buchführung immer erst nachträglich erfolgen, die Gesamtfinanzen des Vereins sind also nicht grundsätzlich jederzeit überschaubar. Wird das Konto nicht in die Buchführung einbezogen, entsteht gegen über dem - bezüglich der Gemeinnützigkeit kontrollberechtigten - Finanzamt eine "schwarze

Kasse", und dies darüberhinaus in einem Finanzierungsbereich, der bei Mangel von Eigenveranstaltungen die Anerkennung der Gemeinnützigkeit sichern kann, da die Herausgabe der Informationszeitung zu den satzungsgemäßen gemeinnützigen Tätigkeiten gerechnet werden kann.

3. Zugriff der Mitgliederversammlung. Der Mitgliederversammlung fehlt bei oben beschriebener Abwicklung der juristisch gesicherte Zugriff auf alle Konten, die Vereinsgelder bewegen. Dies ist grundsätzlich nicht wünschenswert.

### III. Konsequenzen.

Die Abrechnung der letzten Zeitungsausgabe muß offengelegt werden, so daß eine entsprechende Buchung des Vereins vorgenommen werden kann. Zukünftige Hefte müssen über Vereinskonten abgerechnet werden. Um eine Zersplitterung und damit Unübersichtlichkeit der Vereinsfinanzen zu verhindern, soll die Führung der Konten bei einem Geschäftsführer verbleiben. Für finanzielle Ausgaben, die bei der Produktion der Zeitung in München sofort erforderlich sind (Einkäufe in Schreibwarengeschäften etc.), aber auch für die Vereinnahmung kleinerer Werbeeinnahmen kann der Redaktion eine Handkasse zur Verfügung gestellt werden, die monatlich abzurechnen ist.

Sollte eine solche Regelung unmöglich sein, berührt das die Arbeitsgrundlagen des Geschäftsführers für Finanzen. Vom Geschäftsführer wird ja - unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstandes in Verwaltungsangelegenheiten - erwartet, daß er die Finanzen des Vereins ordentlich, sauber und nachvollziehbar führt. Bis zur Rechnungsprüfung und zur Entlastung des Vorstandes kann er für das Finanzwesen mitverantwortlich gemacht werden. Bei einer Zersplitterung des Finanzwesens in Teile, die sich dem direkten Zugriff des GF entziehen, kann eine solche Verantwortung nicht mehr eingefordert werden. Gerade in solchen Bereichen, in denen sich zwei Finanzbereiche überschneiden kann dann Unklarheit entstehen, wer überhaupt für einen Vorgang verantwortlich ist.

Ich beantrage deshalb einen Beschluß der Mitgliederversammlung, in dem eine eindeutige Kompetenz des Geschäftsführers für Finanzen für alle Gelder des Vereins festgelegt wird.

Ulrich Kraus



Pressemitteilung 19/89

München, 03.08.1989

**GEW betont in Eingabe an Landtag und Senat:  
GROSSDEUTSCHE KRAFTMEIEREI NICHT GEEIGNET FÜR DEN UNTERRICHT**

Die schützende Hand des Kultusministers über dem Werk des "Spezialisten für bayerisches Völkerrecht", Dieter Blumenwitz, hat den Protest des GEW-Landesvorsitzenden Peter Kurz hervorgerufen.

In einer Eingabe an Landtag und Senat (siehe Anlage) forderte er deshalb im Namen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft die Volksvertreter/innen auf, dafür zu sorgen, daß den bayerischen Schülerinnen und Schülern der Wind nicht zu scharf von rechts ins Gesicht bläst. Sie sollen, so Peter Kurz, ihren Einfluß geltend machen, daß Text- und Materialband 'Denk ich an Deutschland' "zurückgezogen werden und daß der Bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus sie nicht mehr für den Gebrauch an den Schulen zur Verfügung stellt".

Die Hauptvorwürfe: Blumenwitz' Schriften seien für eine Erziehung zur Völkerversöhnung vor allem deshalb ungeeignet, weil er heute noch Gebietsansprüche auf Österreich, aufs Memelland und auf die Sudetengebiete aufrechterhalte. Er beschränke sich noch nicht einmal auf ein "Deutschland in den Grenzen von 1937", sondern fordere ein Deutschland mindestens in den Grenzen von 1938. Damit verbreite er "unter dem Vorwand einer akribischen Auslegung des Völkerrechts nichts anderes als die Ideologie eines großdeutschen Reiches". In seiner Eingabe führte der GEW-Vorsitzende weiter aus, daß eine solche Wiederbelebung deutschnationaler Großmannssucht nur geeignet sei, "Unfriede zu stiften und die Entwicklung von Rechtsextremismus unter Jugendlichen aktiv zu fördern". Deshalb sollten die Schriften aus dem Verkehr gezogen werden.

Der GEW-Landesvorsitzende stellt abschließend die besondere Bedeutung der Publikation heraus: "Wer solche Schriften verbreitet, macht deutlich, daß ihm die Ideologie eines Großdeutschen Reiches wichtiger ist als die seit den Ostverträgen geschaffenen politischen Realitäten in Europa - ein ungeheuerlicher Vorgang angesichts des bevorstehenden 50. Jahrestages des Überfalls Hitlers auf Polen."

Im Auftrag des Landesvorstandes: Margot Müller, Pressesprecherin

# Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Bayern



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft · Landesverband Bayern  
Schwanthalerstraße 64 · 8000 München 2 · Telefon: 089/5309139

An den  
Bayerischen Landtag  
- Landtagsamt -  
Maximilianeum

8000 München 85

Abdruck  
(Anlage zur  
Presseerklärung 19/89)

München, 03.08.89/ge

Eingabe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
betr.:  
Schriften der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit A 86  
und A 86 Dokumentenband mit dem Titel  
"Denk ich an Deutschland"

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Bayern, betrachtet mit großer Sorge die beiden genannten Bände der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, welche soeben erschienen sind.

Nicht nur der beigelegte Kartenteil, der bereits in der Öffentlichkeit zu Angriffen wegen seiner einseitigen Darstellung der Grenzen des "Deutschen Reiches" auf dem Stand vom 31. Dezember 1937 geführt hat, sondern vielmehr noch der von dem Autor Dieter Blumenwitz verantwortete Text ist geeignet, dem demokratisch verfaßten Freistaat Bayern, besonders im Ausland, schweren Schaden zuzufügen.

Darüber hinaus ist der Inhalt in Teilen eindeutig revanchistisch. Rechtsextremen Parolen soll durch ihre Publikation in Werken der Landeszentrale der Gütestempel der Normalität aufgedrückt werden. Damit ist die Schrift A 86 'Denk ich an Deutschland' für die Verwendung im Unterricht und als Grundlagenmaterial der politischen Bildung ungeeignet.

Das Kultusministerium stellt sich öffentlich hinter dieses Machwerk und nimmt die verheerende politische Wirkung, die von einer so extrem einseitigen Darstellung ausgeht, offensichtlich billigend in Kauf.

Deshalb ersuche ich Sie dringend, all Ihren Einfluß geltend zu machen, daß die genannten Schriften der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit zurückgezogen werden und daß der Bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus sie nicht mehr für den Gebrauch an den Schulen zur Verfügung stellt.

Aus folgenden Gründen:

1. Die bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit leistet nach eigenen Angaben "überparteiliche politische Bildungsarbeit. Sie will das Demokratieverständnis der Bürger fördern und ihre politische Einsatzbereitschaft stärken". Diesem Anspruch wird die genannte Schrift des Autors Dieter Blumenwitz, die im Untertitel "Antworten auf die Deutsche Frage" verspricht, nicht gerecht. Im Gegenteil: Sie ist einseitig der politischen Position der bayerischen Staatsregierung verhaftet und wertet an vielen Stellen die Versöhnungs- und Entspannungspolitik aller Bundesregierungen seit 1969 ab.

2. Das Verschweigen der derzeit geltenden Grenzen sowohl der Tschechoslowakei als auch Polens im Kartenmaterial suggeriert dem unbefangenen Betrachter, es gäbe noch Gebietsansprüche. Über die geltende Rechtsauffassung hinaus (Offenheit der deutschen Frage und der Grenzen in Mitteleuropa bis zu einem Friedensvertrag) erhebt Blumenwitz auch im Textteil explizite Ansprüche gegenüber Polen, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei auf die Herausgabe der "Ostgebiete des Deutschen Reichs und das Sudetenland". Eine "Normalisierung" sieht er nur möglich bei "Beseitigung rechtswidrig gesetzter Fakten" (S. 18).

3. Blumenwitz bleibt es vorbehalten, Gebietsansprüche zu stellen, die weit über die bisher übliche Formel von "Deutschland in den Grenzen von 1937" hinausgehen. Die Erweiterung des Deutschen Reichs durch die Hitlerische Expansionspolitik bis zum Kriegsbeginn erscheint ihm völkerrechtlich einwandfrei. Konsequenterweise gibt es für ihn nicht nur eine offene deutsche Frage, sondern auch eine offene Memelfrage und eine offene Sudetenfrage.

(S. 62)

"... die im Sommer 1945 erfolgte Eingliederung der Sudetengebiete in den wiedererrichteten tschechoslowakischen Staat (bedarf) noch einer abschließenden friedensvertraglichen Regelung."

(S. 62)

"Die Memel-Problematik wird - rein rechtlich - weder durch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR noch durch den Moskauer Vertrag präjudiziert".

Und was ist mit Österreich? Blumenwitz sieht auch den im Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 für null und nichtig erklärten Anschluß Österreichs "völkerrechtlich" noch als offenes Problem:

(S. 58)

"Trotz Fehlen eines Friedensvertrages hat die Bundesrepublik die Unabhängigkeit Österreichs akzeptiert."

Die Begründung für die Annullierung des Anschlusses gibt er zwar korrekt an, doch zeigt das Bildmaterial die absolut gegenteilige Information: Im Bild sind fröhliche Menschen unter der Hakenkreuzfahne zu sehen, während der Text davon spricht, daß der Anschluß "dem hilflos gewordenen Volke Österreichs aufgezwungen worden" sei (Präambel der Unabhängigkeitserklärung Österreichs).

Das Unterlaufen der Textinformation durch Bildinformationen wäre auch an vielen anderen Stellen nachweisbar.

Die Darstellung im Kartenteil folgt der Einschätzung, daß alle durch Hitler'sche Expansionspolitik geschaffenen Tatbestände bis zum 1. September 1939 völkerrechtlich als verbindlich anzusehen seien. Entsprechend sind das ganze Sudetenland und die Memelgebiete als "Ostgebiete des Deutschen Reiches"

dargestellt - unter der Überschrift: "Die völkerrechtliche Lage Deutschlands".  
Der Autor grenzt seine Sichtweise gegen die der Alliierten ab:

(S. 57)

"Im Gegensatz zum allgemeinen Völkerrecht betrachteten die Siegermächte nicht nur die Gebietswerbungen nach Kriegseröffnung für nichtig, sondern auch die nach den Regeln des Friedensvölkerrechts vollzogene Erweiterung des Reichs im Zuge Hitlerscher Expansionspolitik. Durch den Begriff 'Deutschland in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937' stellten die Siegermächte einseitig klar, daß bestimmte Gebietsfragen keiner friedensvertraglichen Regelung mehr bedürften."

Das alles zeigt, daß Blumenwitz in einer Publikation unter der Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung letztlich die Wiederherstellung des großdeutschen Reiches von 1938 fordert. Nicht nur an den genannten Stellen nähert er sich rechtsextremen Positionen. Er tut das auch, wenn er feststellt:

(S. 57)

"Der Begriff 'Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937' ist Bestandteil des Deutschland einseitig auferlegten Besatzungsrechts."

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich glaube, diese für die Haltung des Autors typischen Zitate sprechen wohl für sich.

Im Namen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bezeichne ich es bereits als skandalös, wenn derart einseitiges, dem Vorwurf des Revanchismus und Rechtsextremismus neue Nahrung gebendes Material aus der bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit kommt. Die Reaktionen des Kultusministers lassen zudem leider befürchten, daß die Bayerische Staatsregierung die Brisanz solcher Unterrichtsmaterialien bewußt verharmlost. Tatsächlich gefährden sie jedoch eine Erziehung zur Völkerversöhnung, wie sie im Art. 131 der Bayerischen Verfassung gefordert ist. Blumenwitz verbreitet unter dem Vorwand einer akribischen Auslegung des Völkerrechts nichts anderes als die Ideologie eines großdeutschen Reiches. Aus diesem Grunde appelliere ich an Sie, verehrte Damen und Herren, alles zu unternehmen, damit die bayerischen Schülerinnen und Schüler mit der geschichtlichen Wirklichkeit und mit den europäischen Grenzen von 1989 ebenso umfassend vertraut gemacht werden wie mit der politischen Ausgangslage für das Entstehen der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Bayern nach 1945. Dies sollte gerade angesichts des bevorstehenden 50. Jahrestags des Überfalls Hitlers auf Polen ein besonderer Auftrag sein.

Blumenwitz' Werk "Denk ich an Deutschland" dagegen ist geeignet, durch eine Wiederbelebung deutschnationaler Großmannssucht Unfrieden zu stiften und die Entwicklung von Rechtsextremismus unter Jugendlichen aktiv zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Peter Kurz  
(Vorsitzender)

# Schulstreß

Überhöhte Erwartungen statt »Null Bock«

Neue Apotheken-  
Illustrierte  
10/87

Von »Alles egal« und »No future« ist bei den heutigen Jugendlichen nicht mehr die Rede. Unter den 12- bis 17jährigen, die in einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Umfrage nach dem »Wichtigsten im Leben« befragt wurden, rangieren Arbeit und finanzielles Auskommen gleich nach Gesundheit an zweiter Stelle. Eine spätere Berufstätigkeit gehört dabei für Jungen und Mädchen gleichermaßen zum Sinn des Lebens: Nur vier Prozent der Jungen und drei Prozent der Mädchen können sich »auch gut ein Leben ohne Arbeit« vorstellen. Einen Beruf ausüben, ein festes Einkommen erwarten zu können, gutes Geld in der Tasche zu haben, ohne Finanzprobleme zu leben – das sind die häufigsten Nennungen, die von 1700 Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren gemacht wurden. Die Notwendigkeit, die eigene Zukunft durch Erwerbsarbeit zu sichern, wird voll anerkannt.

Diese hohen Ansprüche und Erwartungen haben den Schulstreß erheblich vermehrt. Als Reaktion geschieht aber genau das Falsche: Man versucht dem Streß mit Alkohol, Arzneimitteln und auch mit illegalen Drogen zu begegnen. Wie bundesdeutsche und ausländische Umfragen und Untersuchungen ergeben, trifft das zwar für alle Altersklassen, vorwiegend jedoch für die älteren, die 12- bis 17jährigen Schüler zu.

## Höhere Ziele

Noch zu Beginn der achtziger Jahre war die Mehrzahl der Jugendlichen dem Müßiggang und dem zweckfreien Lebensgenuß zugewandt, was aus zahlreichen Untersuchungen der damaligen Zeit hervorgeht. Heute geben sich nur neun Prozent mit dem Haupt-

schulabschluß zufrieden. Die überwiegende Mehrzahl also hat weit anspruchsvollere Pläne, sie wünscht sich einen mittleren Abschluß oder das Abitur. Kein Wunder, daß die Schule vielen zum Streß wird. Nach einer an 1590 Kindern aller Altersklassen in Birmingham durchgeführten Studie nahmen diese an neun Prozent aller Tage Medikamente ein. Die Fünf- bis Siebenjährigen bekamen mehr Arzneimittel als der Durchschnitt, die 11- bis 16jährigen weniger, 55 % aller Medikamente entfielen auf ärztliche Verschreibungen, 39 % wurden in der Apotheke ohne Rezept gekauft; die restlichen 6 % stammten aus unbekanntem Quellen. Hierbei handelt es sich natürlich um den gesamten Arzneimittelverbrauch. Man schätzt aber, daß Antidepressiva und Psychopharmaka mit 9 bis 10 % darunter vertreten sind.

Ein rundes Viertel von 1700 Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren – so die in der Bundesrepublik durchgeführte Studie – nimmt gelegentlich oder regelmäßig »harte« alkoholische Getränke zu sich. Immerhin sehen darin vier Prozent der Befragten für sich »ein großes Problem«. In der zweimaligen Befragung im Abstand von einem Jahr erweisen sich aber auch die weichen Alkohole als Wegbereiter für illegale Drogen wie Haschisch, Marihuana oder Schnüffelstoffe. Drei bis vier Prozent der 12- bis 17jährigen hatten bereits Erfahrung.

Man könnte dieser unseligen Entwicklung besser begegnen, wenn alle Eltern Verständnis für die Leistungsschwierigkeiten aufbringen würden. Keinesfalls darf es zu Konflikten wegen drohenden Schulversagens kommen, weil dies eine unselige Konfliktspirale in Gang setzt.

Viel wäre gewonnen, wenn man dem geistigen Streß einen



Von Müßiggang ist keine Rede

verstärkten Ausgleich an körperlichen Anforderungen entgegenzusetzen. Die üblichen anderthalb Stunden Sport pro Woche im Stundenplan der Schulen sind da absolut unzureichend.

## Sportliche sind besser

Sportmediziner der Universität Gießen untersuchten 500 Schüler und Schülerinnen im Alter von 10 Jahren auf ihre körperliche Belastbarkeit (die geistige ist mit ihr eng verbunden). Dabei ergab sich ganz eindeutig ein positiver Zusammenhang mit dem Grad der jeweiligen sportlichen Aktivitäten. 34 % der Jungen und 10 % der Mädchen, die neben dem Schulsport auch Freizeitsport betrieben, waren hinsichtlich ihrer Herz-Kreislauf-Tätigkeit und ihrer Muskel- und Organsysteme – Voraussetzungen auch der geistigen Belastbarkeit und der Widerstandskraft gegen den Schulstreß – eindeutig besser. Eine weitere Untersuchung von mehr als 5000 Kindern

und Jugendlichen zwischen 6 und 18 Jahren hatte ein überraschendes Ergebnis. Entgegen der landläufigen Meinung, sehr viele Kinder seien zu dick, waren nur 4,8 % der Knaben und 4,4 % der Mädchen übergewichtig. Diese schnitten allerdings in ihren Leistungen und in ihrer Widerstandskraft deutlich schlechter ab als die Normalgewichtigen.

Aus den beiden letztgenannten Untersuchungen ziehen die Wissenschaftler den Schluß, daß für Kinder und Jugendliche eindeutig mehr Sport notwendig ist. Vor allem die Leistungsfähigkeit der Mädchen sollte in Zukunft stärker gefördert werden. Alle Eltern sind aufgerufen, im Kampf gegen den Schulstreß mitzuhelfen. Streß ist Ursache vieler körperlicher und seelischer Störungen. Wenn wir schon die Kinder nicht davor bewahren, wie sollen sie dann den weit stärkeren Belastungen des späteren Lebens gewachsen sein?

Dr. med. Karl M. Kirch

CA  
A  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20